

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: im Haus monatlich 1,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17256 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18691  
Erscheinung: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Geschäftsstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Geschäftsstunde  
Anzeigenpreis: die neunmal gebaltene Normalzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 RM. Sonntags-Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewalt besteht kein Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 6. Januar 1930

Nummer 4

Arbeiterinnen, Arbeiter, Erwerbslose, Angestellte Sachsens!

## Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft zum Kampf gegen Rationalisierung und Massenverelendung!

Wählt Delegierte zum Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz!

Die amtliche Statistik meldet 280.000 Erwerbslose in Sachsen. 280.000 Opfer der kapitalistischen Rationalisierung sind bereits aus den Betrieben und Kontoren verdrängt. Weitere Zehntausende sollen nach dem Willen des Finanzkapitals folgen. Rückwärtslose Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeiterschaft sind geplant.

### Im Zeichen des räuberischen Youngplans

werden die sozialen Einrichtungen (Erwerbslosen-, Krankenunterstützung) abgebaut, die Steuern und Zölle erhöht und die Ausbeutung in den Betrieben gesteigert. Auf den Rücken der arbeitenden Massen werden neue Lasten gehäuft, während die Besitzenden, die Unternehmer, meistgehende Unterstützung erhalten (Seidemann-Kredit, Co. Kaschthal). Jede Forderung der Arbeitslosen wird abgelehnt. Gummitruppen und Zuchthausgesetze sind die Mittel, durch die die frurnden Massen der vom Elend preisgegebenen Erwerbslosen befristet werden.

Die Betriebe werden in immer wachsendem Maße Zuchtstätten für die Arbeiter, die noch nicht zum Erwerbslosenstand gekommen sind. Nicht genug, daß durch die starke Verkürzung der wachen Arbeitsstunden bei gleichbleibender Arbeitsmenge für den Gesamtbetrieb die Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeiters und Angestellten außerordentlich gesteigert wird (200 Prozent Steigerung der Arbeitslosigkeit im Textilbetrieb Stalman in Limbach), herrscht mit Hilfe des Afford- und Prämienlohnsystems eine unumschlichte Antreiberei, unter der die Arbeiter in absehbarer Zeit zusammenbrechen müssen. Arbeiterinnen und Jugendliche, die durch die Rationalisierung in höherem Maße als früher in den Produktionsprozess gezogen werden, sind den gesundheitlichen Schädigungen, die durch die Rationalisierung bedingt sind, besonders ausgeliefert (Mehrfachsystem in der Textilindustrie für die Arbeiterinnen, Affordtreiben der jugendlichen Arbeiter in der Glasindustrie usw.).

Daß die Besitzer von Vorzugsaktien der Blauenischen Spitzenmanufaktur

### 70 Prozent Dividende

erhalten, während die Textilarbeiter des Erzgebirges, der Oberlausitz und ganz Sachsens mit Lohnrücklagen bis zu 50 Prozent bedacht wurden, zeigt, welche Geschäfte die Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft machen konnten.

Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten steht weit unter der Vorkriegeshöhe. Für das mühsam verdiente Geld können die Arbeiterfamilien sich nicht die notwendigen Lebensmittel, nicht genügend Kleidungsstücke, Heizmaterial usw. kaufen. Gesundheitlicher Niedergang, verbunden mit sichtbarem Anwachsen der Unfallziffern, ist die Folge.

### Schon die nächsten Wochen bringen neue Teuerung, neue Lasten!

Wer die ohne Befragung der Arbeiter und Angestellten zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Unternehmern langjährig abgeschlossenen Tarifverträge sehen keine Erhöhung der Löhne vor. Sie erweisen sich als Fesseln für die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftsbürokratie denkt nicht daran, Maßnahmen zur Erreichung höherer Löhne zu ergreifen. Sie lehnt selbst die Kündigung von ablaufenden Tarifen ab, wie es im Falle der Angestellten der Metallindustrie im Oktober 1929 geschah, weil die Bürokratie sich von Rücksichten auf den Stand der kapitalistischen Wirtschaft leiten läßt. Die Praxis der Gewerkschaftsbürokratie liefert den Unternehmern die Grundlage zu weiteren Vorstößen gegen die Arbeiterschaft, wie es der herausfordernde Entwurf eines Manteltarifes durch die Reichsbahnhauptverwaltung beweist. Die Lohnkürzungen in der Textilindustrie, die Affordverschlechterungen in der Metallindustrie wurden ebenso mit Zustimmung reformistischer, christlicher und hitz-dunkler Bürokraten und Betriebsräte durchgeführt, wie die Massenentlassungen in allen Betrieben.

Weber die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, nach die Erwerbslosen haben von der Gewerkschaftsbürokratie ein ernsthaftes Eintreten für ihre Forderungen und Interessen zu erwarten.

### Eine Million Mark für die Bürgerregierung - aber kein Geld für Wirtschaftskämpfe

Der selbe LDB-Berichtende Knack von Sachsen, der im Landtag darüber sagte, daß Teile der sächsischen Industrie zu spät und zu wenig rationalisiert hätten, bot der Bürgerregierung, die von den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten, getragen wird, ein Darlehen der Arbeiterbank in Höhe von 3 Millionen Mark zur Durchführung von Kostensenkungen an, wozu dann im Dezember vorigen Jahres eine Million Mark der Bürgerregierung zu 6 Prozent überwiesen wurden. Während die Sozialdemokratische Partei die kommunistischen Anträge auf Lohnsenkung usw. ablehnte, während sie die Mittel für eine Winterbeihilfe verweigerte, gibt sie dem kapitalistischen Staat Gelder, um ihm aus der „Not“ zu helfen. Daneben wird unter Führung der SPD die Verschärfung der kommunistischen Betriebe vorgenommen, die ungeheure Verschlechterungen für die sächsischen Arbeiter im Gefolge hat (Dresden, Zwickau).

Für Wirtschaftskämpfe haben die Gewerkschaftsführer keine Mittel, wohl aber für maßlosen Ausbau des Verwaltungsapparates, für Beteiligung an Industrieunternehmen (der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes ist mit 3 Millionen Mark an der IG-Farbenindustrie beteiligt) und für Anleihen an den kapitalistischen Staat. Sie erheben ihre Aufgabe nicht im Kampf zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten, sondern im Verfall des Wirtschaftstreibens und der Klassenharmonie. Auch die „linken“ Scheinradikalen Führer der SPD, die den Klassenkampf als Lippenbekenntnis brauchen, führen dieselbe Politik durch.

Deshalb klütern sie die Gewerkschaften von Klassenbewußten Arbeitern, deshalb spalten sie ganze Zehntausende und Branchen, um den Einfluss der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu brechen und die Organisationen der Koalitionspolitik der SPD dienstbar zu machen.

Deshalb legen sie besonders viel Gewicht darauf, daß kein revolutionärer Arbeiter in die Betriebsräte gelangen kann, damit sie in den Betrieben die „Ruhe und Ordnung“, die der Unternehmer braucht, aufrechtzuerhalten können. Weil sie wissen, daß, wenn die Betriebsräte mit revolutionären Arbeitern besetzt sind, die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die die Forderungen der Arbeiter sind, vertreten werden, weil sie wissen,

### rote Betriebsräte, rote Vertrauensleute

die besten Führer und Stützen der Arbeitermassen im Kampf um Brot und Nacht sind, wollen sie die Arbeiter von der Wahl ausschalten. Die Durchsetzung der Arbeitsforderungen auf höheren Lohn unter Führung roter Be-

triebsräte in den Betrieben der Staatlichen Vorkriegsmaschinenfabrik in Berlin zeigt, daß rote Betriebsräte die wirklichen Interessensvertreter der Arbeiter sind. Die bedeutenden Erfolge der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsräteahlen 1929 sind für die Gewerkschaftsbürokratie empfindliche Schläge gewesen, die sie jetzt mit allen Mitteln ausgleichen will.

### Entscheidende Kämpfe stehen bevor!

Deshalb rufen wir die Arbeiter, Angestellten und Erwerbslosen Sachsens auf, Delegierte zum

### Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz

zu entsenden. Es gilt, die Beschlüsse des Reichstages für Sachsen in die Tat umzusetzen und eine klare Angriffslinie für

Siebenstundentag und Vierzigstundensuche, vollen Lohnausgleich, Lohnerhöhung für alle Berufsgruppen und Branchen von mindestens 15 Pf. pro Stunde, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, d. h. Wegfall der Lohnunterschieden, vor allem auch zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitern, festzusetzen.

Die Gewerkschaftsbürokratie, die alle Arbeiterrechte erschaffen hat, läßt euch im Rahmen der Verbände nicht über diese Fragen entscheiden. Sie predigt euch Unterwerfung unter den Youngplan und wendet offenen Terror an, wenn ihr wagt, selbst zu bestimmen. Reformisten haben sich zu Sozialfaschisten entwickelt, die bereit sind, mit allen Mitteln das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem zu stützen. Sie teilen sich mit den Nationalsozialisten in die Arbeit (Streikbruch bei den Kohlbergern, in Hennigsdorf usw.) und bereiten den Boden zur faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse vor.

Darum müssen wir in den Betrieben und Gewerkschaften ebenso wie auf den Stempelstellen die Wahl von Delegierten zum Landestag vornehmen.

Arbeitende Frauen, beteiligt euch aktiv an den Wahlen und der Vorbereitung der Kämpfe, bildet eine Kampffront mit euren Klassenossen!

Laßt euch nicht betören und hindern durch Drohungen! Denkt daran, daß eure eigene Errettung von diesem Kampfe abhängt! Durchbricht die Fesseln der Gewerkschaftsbürokratie! Sendet bis zu 1000 Mann Delegierte (Arbeitslose an der Stempelstelle) zu einem Delegierten! Bringt die Mittel für eure Delegierten auf! Denn es geht um Lebensfragen der Arbeiterklasse!

Komitee zur Vorbereitung des Landestages der revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsens  
J. E. Harbert Behner.

## Die Justizkomödie beginnt!

38 Arbeiter sollen für ihr Klassenbewußtsein bestraft werden. — Glänzende Sympathieumgebung der Arbeiterklasse für die Angeklagten im Dresdner Landfriedensbruchprozess. — „Rot-Front!“, „Rufe im Gerichtssaal.“

Dresden, 6. Januar.

Heute begann vor dem Dresdner Landgericht am Münchner Platz der von uns mehrfach behandelte Prozess gegen 38 revolutionäre sächsische Arbeiter, die ihre Klassenpflicht erfüllten, indem sie am 27. Oktober 1929 gegen das Verbot des roten Frontkämpferbundes in Dresden demonstrierten. Kühnen Antippen haben damals die Demonstrationen ausgetrieben. Gegen die Arbeiter, die bei dieser Vorkriegstunde verhaftet wurden, strengte die Staatsanwaltschaft das Verfahren an, durch das den Arbeitern beigebracht werden soll, daß sie in dem republikanischen Deutschland ebenso zu schweigen haben wie im monarchistischen kaiserlichen Deutschland. Gegen 15 Arbeiter ist Anklage wegen schweren Aufruhrs erhoben und Vergehen gegen die Bestimmungen des Reichstages. Die anderen 23 Arbeiter sollen sich nur gegen die Bestimmungen des Reichstages verzeihen haben, den die Bourgeoisie selbst als höchste Befehlskraft und zu umgehen versucht, dessen Artikel sie aber als zwingend sehr gern benutzt, wenn sie mit deren Hilfe revolutionäre Arbeiter ins Gefängnis oder Zuchthaus bringen kann.

Am Dresdner Hauptbahnhof trafen sich die auswärts wohnhaften Angeklagten mit den Dresdner Klassenossen und marxistischen Gesellen und unter dem Gesang revolutionärer Lieder nach dem Gerichtssaal gebäude am Münchner Platz. Im Verhandlungssaal begrüßten die Ankommen ihre drei inhaftierten gewesenen Klassenossen mit einem geschlossenen und kräftigen „Rot-Front!“ Die Tribünenbesucher stimmten in die Rot-Front-Rufe begeistert ein. Die Stimmung der Angeklagten ist eine glänzende, zurecht und fest ist ihr Bild. Die Anklage erregte bei uns dem letzten Dresdner Landfriedensbruchprozess bekannte Staatsanwalt Dr. Wülfing. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Dr. Kour. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Genelle Dr. Helm. Zu der Verhandlung sind zugezogen ein Hilfsrichter und 2 Schöffen. Die Verhandlung begann mit der Benennung der 38 Angeklagten zur Verlesung. Von den Angeklagten sind 15 in der Uniform des verbotenen roten Frontkämpferbundes erschienen. 15 Angeklagte sind erwerbslos, 8 von ihnen sind ohne Erwerbslosenunterstützung, während die übrigen mit ihren Familien eine Unterstützung von 8 bis 12 Mark pro Woche beziehen.